

Missing Link: 50 Jahre Radikalenerlass

Originalartikel

Backup

<html> <header class=„article-header“><h1 class=„articleheading“>Missing Link: 50 Jahre Radikalenerlass</h1><div class=„publish-info“> Detlef Borchers</div></header><figure class=„aufmacherbild“><figcaption class=„akwa-caption“>Wandzeitung der CDU gegen das Abrechnen der SPD-Länder vom Radikalenerlass(Bild: Von CDU - Diese Datei wurde Wikimedia Commons freundlicherweise von der Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen eines Kooperationsprojektes zur Verfügung gestellt. <a href=„<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=30236909>“ target=„_blank“ rel=„external noopener“>CC BY-SA 3.0 de)</figcaption></figure><p>Eine lange, schlechte Tradition startete am 28. Januar 1972. Die Ministerpräsidentenkonferenz verabschiedete den „Extremistenbeschluss“ – mit Folgen.</p><p>Am 28. Januar 1972 verabschiedete die Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt den „Extremistenbeschluss“. Er hielt fest, dass keine Menschen in den Staatsdienst aufgenommen werden dürfen, die nicht jederzeit rückhaltlos für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Zur Überprüfung der Einstellung eines Beamtenanwalters sollte der Dienstherr eine Regelanfrage an den Verfassungsschutz stellen. Dieser „Radikalenerlass“ sollte verhindern, dass linke Lehrerinnen und Lehrer in die Schulen kommen. Betroffen waren aber auch Hochschulangehörige und studentische Hilfskräfte, Bahnbeamte, Briefträger, Bibliothekare und Verwaltungsangestellte.</p><header class=„a-boxheader“ data-collapse-trigger=„>“>Missing Link</header><div class=„a-boxtarget a-boxcontent a-inline-textboxcontent a-inline-textboxcontent-horizontal-layout“ data-collapse-target=„>“><figure class=„a-inline-textboximage-container“></figure><div class=„a-inline-textboxcontent-container“><p class=„a-inline-textboxsynopsis“>Was fehlt: In der rapiden Technikwelt häufig die Zeit, die vielen News und Hintergründe neu zu sortieren. Am Wochenende wollen wir sie uns nehmen, die Seitenwege abseits des Aktuellen verfolgen, andere Blickwinkel probieren und Zwischenräume räumen.</p><ul class=„a-inline-textboxlist“><li class=„a-inline-textboxitem“><a class=„a-inline-

href=„<https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/563/das-war-keine-erfolgsgeschichte-7951.html>“ rel=„external noopener“ target=„_blank“>Winfried Kretschmann [6] sein, der zeitweilig einem Berufsverbot unterlag, dann aber doch noch Lehrer werden konnte.</p><p>Unter den 2250 Fällen von Berufsverboten angehender Bewerber finden sich sieben SPD-Mitglieder. Sie hatten etwa bei Studentenratswahlen gemeinsam mit Mitgliedern des Marxistischen Studentenbundes Spartakus (MSB) [7] auf einer Liste kandidiert. Prominentester Fall war dabei kein angehender Staatsdiener, sondern ein Jurist: 1977 schmiss die SPD den Juso-Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter [8] aus der Partei, weil er mit der DKP zusammengearbeitet und damit gegen den <a href=„<https://de.wikipedia.org/wiki/Unvereinbarkeitsbeschluss>“ rel=„external noopener“ target=„_blank“>Unvereinbarkeitsbeschluss [9] der Partei verstoßen haben soll.</p><p>Weitere sieben Berufsverbote ergingen nicht gegen links, sondern gegen rechts: Sie wurden gegen Parteimitglieder der NPD ausgesprochen, von denen nach einer Aufstellung aus dem Jahre 1967 rund 1200 Parteimitglieder im Dienste des Staates standen. Großes Aufsehen verursachte der Fall des Gymnasiumdirektors <a href=„<https://www.spiegel.de/politik/tief-drin-a-424a9ba5-0002-0001-0000-000014346917>“ rel=„external noopener“ target=„_blank“>Karl-Heinz Kausch [10], der im Unterricht über die „Auschwitzlüge“ gesprochen sowie Bücher über die Waffen-SS positiv besprochen hatte. Er wurde aus dem Dienst entlassen, klagte aber erfolgreich vor einem Gericht. Als Oberstudienrat degradiert, konnte er mit einer einjährigen zehnprozentigen Kürzung seiner Bezüge wieder unterrichten, weil das Gericht keine Anzeichen dafür sah, dass Kausch die „Pflicht zur Verfassungstreue“ missachtet hatte. Was ist schon das mehrmalige Lob der Waffen-SS gegen das „mehrmalige Parken seines Autos vor KBW-Büro“, das der Verfassungsschutz zu einem Lehramtsanwäter meldete? Allein das Singen im <a href=„<https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/6NX5R4DAJ3LQ2QV5QE35656QIC7KKB2F>“ rel=„external noopener“ target=„_blank“>Hanns Eisler Chor Berlin [11] reichte aus, um aus dem öffentlichen Dienst entfernt zu werden. Schließlich trat dieser auf einer der vielen Konferenzen gegen die Berufsverbote auf.</p><h3 class=„subheading“ id=„nav_das2“>Das „folgenreichste Desaster in der Geschichte der alten Bundesrepublik“</h3><p>Vor gut einem Jahr schrieb der Journalist Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung über den Radikalenerlass [12] (PDF-Datei), den er als das „folgenreichste Desaster in der Geschichte der alten Bundesrepublik“ bezeichnete. Die „bundesweite Gesinnungsschnüffelei bei einer ganzen Generation“ führte dazu, dass sich ebendiese Generation vom Staat abwandte. Dabei stand der Erlass nicht allein auf weiter Flur, sondern war nur eines von mehreren Vorhaben, die „linke Subversion“ zu verhindern.</p><p>Nur ein Beispiel: In Niedersachsen wurde gleichzeitig mit dem Wehrkundeerlass [13] des Kultusministers Peter von Oertzen (SPD) der Versuch gemacht, Unterricht über die Bundeswehr in die Schulen zu tragen. Als eifriger Verfechter des Radikalenerlasses suspendierte von Oertzen bereits am 20. Januar 1972 den Hochschullehrer Peter Brückner [14] vom Dienst. Das musste er nach zwei Semestern zurücknehmen. Sein Nachfolger Werner Remmers (CDU) setzte 1977 ein erneutes Berufsverbot gegen Brückner durch, das 1981 von einem Gericht kassiert wurde.</p><p>Wir Oberstufenschüler demonstrierten mit den Studenten in Hannover für Brückner, aber auch für Lehrer wie Heiko Pannemann und Bernd

Pagell, die ersten Opfer der Berufsverbote in Niedersachsen. „Die Sache“, die Zeitung der Niedersächsischen Landesschülervertretung, berichtete monatlich ab Februar 1972 über Lehrer und Lehramtsbewerber, die betroffen waren. Besonders engagierte sie sich für den Hochschullehrer Horst Holzer [15], der Rufe an die Universität Bremen und Oldenburg bekam, aber als DKP-Mitglied nicht zum Professor berufen wurde.</p><figure class=„a-inline-image a-u-inline“><div><figcaption class=„a-caption“>„Die Sache“ – Zeitung der Niedersächsischen Landesschülervertretung</figcaption></div></figure><h3 class=„subheading“ id=„nav_ein3“>Ein internationaler Vorfall</h3><p>Der Liedermacher Franz-Josef Degenhardt schrieb das Gedicht <a href=„<http://berufsverbote.de/index.php/belehrung-nach-punkten.html>“ rel=„external noopener“ target=„_blank“>Belehrung nach Punkten [16], in dem er sich die Regelanfrage beim Verfassungsschutz als Lochkarte vorstellte, mit der der Datenspeicher eines Computers gefüttert wird: „Na, und hier in Ihrer Akte – das gibt’s jetzt in jeder Akte – die Bewertungskarte PPD; das ist die politische Personaldatei. Haben wir uns ausgedacht. Echter Fortschritt, Punktewertung, Lochkartensystem und praktisch so wie die Verkehrssünderkartei. Das objektiviert die Sache ganz enorm. Und damit ist der Gleichheitsgrundsatz bestens garantiert und ist alles demokratisch, haha. Und so funktioniert die Sache: Jeder Minuspunkt ein Loch, und ist die Minuspunktzahl von 45 dann erreicht, dann: Juppdiak und ratata: der Datenspeicher wirft die Karte aus, und wir wissen: Wieder mal ein Radikaler, bietet nicht Gewähr, voll einzutreten jederzeit für diese freiheitliche und so weiter, na Sie wissen schon!“</p><p>Die grö ßte Beachtung fand der Radikalenerlass indes im europäischen Ausland. Gleich am Anfang der Verbotspraxis ereignete sich ein internationaler Vorfall, als wenige Tage nach Inkrafttreten des Extremistenbeschlusses dem belgischen Marxisten und Ökonom <a href=„<https://www.rosalux.de/news/id/45662>“ rel=„external noopener“ target=„_blank“>Ernest Mandel [17] am 28. Februar 1972 in Frankfurt/Main die Einreise verweigert wurde. Mandel, ein ehemaliger KZ-Insasse und Führer der Vierten Internationale, hatte einen Ruf als Professor an das Berliner Otto-Suhr-Institut erhalten, dem sich der dortige Wissenschafts- und Kultursenator Werner Stein (SPD) unter Berufung auf den Radikalenerlass widersetzte. Erst 1978 wurde das Einreiseverbot für den Belgier durch Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) aufgehoben.</p><p>Besonders in Italien und Frankreich, wo die kommunistischen Parteien in den 70er Jahren eine wichtige Rolle spielten, sorgte der Radikalenerlass über Empörung. Das Wort „Berufsverbot“ wanderte in die französischen Sprache. Der spätere französische Präsident François Mitterrand schrieb eine Serie von Artikeln, die die deutschen Berufsverbote scharf kritisierten. Er solidarisierte sich mit der aus dem Schuldienst entfernten Lehrerin <a href=„<http://www.berufsverbote.de/index.php/fall-gingold.html>“ rel=„external noopener“ target=„_blank“>Silvia Gingold [18], der Tochter des Résistance-Mitglieds Peter Gingold.</p><h3 class=„subheading“ id=„navquot_es_gibt4“>„Es gibt bei uns kein Berufsverbot“</h3><p>Das führte wiederum dazu, dass das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung für zwei Millionen Deutsche Mark [19] eine Anzeigenserie startete, um Bundesdeutsche auf Ferienreisen in diesen Ländern auf politische Diskussionen vorzubereiten. Wenn sie gefragt werden, warum es in Deutschland keine kommunistischen Briefträger oder Lokomotivführer oder eben auch Lehrer geben darf, sollten sie antworten: „Es gibt bei uns kein Berufsverbot. Auch dann nicht, wenn jemand extreme Meinungen vertritt. Aber unsere Beamten gesetze sehen vor, dass Gegner des demokratischen Staates nicht im Staatsdienst beschäftigt werden dürfen. Grundsätlich gilt: Niemand wird aus dem

Staatsdienst wegen seiner politischen Überzeugung entlassen. Sondern nur aufgrund aktiver Handlungen gegen die Demokratie.“

Begründungen für Berufsverbote und politisch motivierte Entlassungen Eine Auswahl an dokumentierten

Fällen</figcaption></div></figure><p>„Inzwischen sollten wir uns allerdings fragen, ob einige in unserem Land die Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst nicht übertreiben. Überzogene Reaktionen der Verwaltung verdienen mit Recht Kritik. Denn: das gewachsene Vertrauen in die Stabilität unserer Demokratie erfordert mehr Toleranz und Gelassenheit. Das ist auch wichtig, wenn Europa – wie durch die Direktwahl des Europäischen Parlaments im nächsten Jahr – weiter zusammenwachsen soll.“</p><h3 class=„subheading“ id=„navquot_die5“>„Die Deutschen ordnen alles. Mit Sicherheit.“</h3><p>George Orwell hätte an dieser Form der Sprach-Narkotisierung seine Freude gehabt. Die hatte zumindest der Karikaturist, der dazu eine Sandburg namens „Burg Burgfrieden“ zeichnete, auf der ein geifernder Deutscher seine Sippe beim Burgbau antreibt, während Franzosen und Italiener mit Brot und Wein am Strand auf schlchten Decken zusehen, was die Deutschen da treiben. Überschrieben ist das Ganze mit „Die Deutschen ordnen alles. Mit Sicherheit.“ Die skurrile Ferienaufklärung erschien 1978 fünf Wochen lang vor den Sommerferien in Illustrierten wie dem Spiegel und dem Stern.</p><figure class=„a-inline-image a-u-inline“><div><figcaption class=„a-caption“>Die Deutschen ordnen alles. Mit Sicherheit.</figcaption></div><p class=„a-captionsource“>(Bild: Dokument aus: Stern 34/1978)</p></figure><p>Zu dieser Zeit hatte Willy Brandt Iängst eingesehen, dass der Radikalenerlass ein kapitaler Fehler war. 1976 nannte er das Vorgehen einen „Irrtum“, während sein engster Zuarbeiter Horst Ehmke von einem „politischen Missurteil“ sprach. Im Wahljahr 1976 machte hingegen <a

[**die CDU mit dem Slogan Wahlkampf \[20\]**](https://de.wikipedia.org/wiki/Radikalenerlass#/media/Datei:KAS-Radikalenerlass-Bild-11706-1.jpg): „Wir werden nicht zulassen, da²³ Kommunisten unsere Kinder zu Kommunisten erziehen.“

Später zogen weitere Sozialdemokraten nach und nannten den Erlass einen <a

[>politischen Exorzismus \[21\] oder gaben den „Kerlen in der Verwaltung“ die Schuld, die Regelanfrage beim Verfassungsschutz exzessiv zu nutzen. Als einziges prominentes SPD-Mitglied verteidigte der „linke“ SPD-Politiker Peter Glotz den Radikalenerlass. Er habe „durchaus das erreicht, was er erreichen sollte: der Zustrom zu kommunistischen Parteien wurde sichtbar verringert.“ Das Aufkommen der Alternativbewegung und der Grünen zog Glotz nicht ins KalküL </p><h3>](https://www.spiegel.de/politik/das-ist-politischer-exorzismus-a-7bd467fe-0002-0001-0000-000040616552)

Sieg der Menschenrechte

Der Erlass war nicht nur Bundes-, sondern Landesgesetz, und die Landesräte legten ihn sehr unterschiedlich aus. Die meisten Berufsverbote gab es im SPD-geführten Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU), einem ehemaligen NSDAP-Mitglied und Richter. Die wenigsten im Saarland, das 1985 als erstes Bundesland die Regelanfrage abschaffte. Die auf Bundeslandesebene aufgeschlüsselten Zahlen stammen vom III. Russell-Tribunal, das sich 1978 und 1979 unter Vorsitz des Herzegoviniers Vladimir Dedijer mit dem Radikalenerlass beschäftigte. Dedijer selbst fiel unter das System der „politischen Erwüschtheit“ im sozialistischen Jugoslawien und hatte in Belgrad ein

Lehrverbot.</p><p>Das Tribunal stellte in seinem Schlussgutachten fest, dass durch die Praxis der Berufsverbote die UN-Deklaration der Menschenrechte und die deutsche Verfassung verletzt wurden: „Sie wurden verletzt nicht nur durch die Berufsverbote – und das sind Tausende von Fällen –, sondern bereits das gesamte Verfahren stellt eine Menschenrechtsverletzung dar. Zehntausende sind davon betroffen.“ Zu einem ähnlichen Urteil kam der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Jahr 1995. Er verhandelte den Fall der

Jevener Lehrerin <a href=„<http://www.berufsverbote.de/index.php/EuGM.html>“ rel=„external noopener“ target=„_blank“>Dorothea Vogt [22], die als DKP-Mitglied aus dem Staatsdienst entfernt wurde. Das Gericht stellte fest, dass das Land Niedersachsen „unverhältismäig“ gehandelt habe. Das Urteil führte dazu, dass Vogt eine Wiedergutmachungszahlung erhielt, auch wenn Juristen bezweifelten, dass es sich um einen <a href=„<https://www.sopos.org/aufsaetze/40322606b3371/1.phtml.html>“ rel=„external noopener“ target=„_blank“>Sieg der Menschenrechte [23] handelte, wie viele Zeitungen schrieben.</p><p>Bereits das III. Russell-Tribunal forderte neben der Aufhebung des Radikalenerlasses eine Entschuldigung der Bundesregierung für die Menschenrechtsverletzung. Zum 50. Jahrestag des Extremistenbeschlusses gibt es eine Reihe empfehlenswerter Dokumentationen, etwa die der <a href=„<https://www.rosalux.de/dossiers/der-radikalenbeschluss-wird-50>“ rel=„external noopener“ target=„_blank“>Rosa-Luxemburg-Stiftung [24]. Auch die ARD berichtete in einer Dokumentation über die <a href=„<https://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/geschichte-im-ersten/sendung/jagd-auf-verfassungsfeinde-100.html>“ rel=„external noopener“ target=„_blank“>Jagd auf die Verfassungsfeinde [25]. In der Dokumentation kommt der bereits erwähnte Journalist Prantl zu Wort, der seit einem Jahr eine Entschuldigung der Politik fordert und dabei auf die neue Bundesregierung setzt: „Es bricht dem Staat keine Zacken aus der Krone, wenn er erklärt, dass die millionenfachen, generalmisstrauischen Überprüfungen der Siebziger- und Achtzigerjahre falsch waren. Es bricht dem Staat auch kein Zacken aus der Krone, wenn er in geeigneten Fällen Schadensersatz leistet.“</p><p>()</p><hr /><p>URL dieses Artikels:
<small>

<https://www.heise.de/-6334453>

</small></p><p>Links in diesem Artikel:
<small>

[1] <https://www.heise.de/thema/Missing-Link>

</small>
<small>

[2] https://de.wikipedia.org/wiki/Bund_Freiheit_der_Wissenschaft

</small>
<small>

[3] https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_zur_Wiederherstellung_des_Berufsbeamtenstums

</small>
<small>

[4] https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Ludwig_Jahn

</small>
<small>

[5] <https://de.wikipedia.org/wiki/Demagogenverfolgung>

</small>
<small>

[6] <https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/563/da-s-war-keine-erfolgsgeschichte-7951.html>

</small>
<small>

[7] https://de.wikipedia.org/wiki/Marxistischer_Studienbund_Spartakus

</small>
<small>

[8] https://de.wikipedia.org/wiki/Klaus_Uwe_Benneter

</small>
<small>

[9] <https://de.wikipedia.org/wiki/Unvereinbarkeitsbeschluss>

</small>
<small>

[10] <https://www.spiegel.de/politik/tief-drin-a-424a9ba5-0002-0001-0000-000014346917>

</small>
<small>

[11] <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/6NX5R4DAJ3LQ2QV5QE35656QIC7KKB2F>

</small>
<small>

[12] https://radikalenerlassbawuede.files.wordpress.com/2021/01/scan_20210124.pdf

</small>
<small>

[13] https://www.mao-projekt.de/BRD/NS/SRK/Niedersachsen_Wehrkunde.shtml

</small>
<small>

[14] https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Br%C3%BCckner

</small>
<small>

[15] https://de.wikipedia.org/wiki/Horst_Holzer

</small>
<small>

<**strong**>[16]</**strong**> <http://berufsverbote.de/index.php/belehrung-nach-punkten.html>

</**small**>
<**small**>

<**strong**>[17]</**strong**> <https://www.rosalux.de/news/id/45662>

</**small**>
<**small**>

<**strong**>[18]</**strong**> <http://www.berufsverbote.de/index.php/fall-gingold.html>

</**small**>
<**small**>

<**strong**>[19]</**strong**> https://germanhistorydocs.ghi-dc.org/docpage.cfm?docpage_id=1504&language=german

</**small**>
<**small**>

<**strong**>[20]</**strong**> <https://de.wikipedia.org/wiki/Radikalenerlass#/media/Datei:KAS-Radikalenerlass-Bild-11706-1.jpg>

</**small**>
<**small**>

<**strong**>[21]</**strong**> <https://www.spiegel.de/politik/das-ist-politische-r-exorzismus-a-7bd467fe-0002-0001-0000-000040616552>

</**small**>
<**small**>

<**strong**>[22]</**strong**> <http://www.berufsverbote.de/index.php/EuGM.html>

</**small**>
<**small**>

<**strong**>[23]</**strong**> <https://www.sopos.org/aufsaetze/40322606b3371/1.html.html>

</**small**>
<**small**>

<**strong**>[24]</**strong**> <https://www.rosalux.de/dossiers/der-radikalenerlass-wird-50>

</**small**>
<**small**>

<**strong**>[25]</**strong**> <https://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/geschichte-im-ersten/sendung/jagd-auf-verfassungsfeinde-100.html>

</**small**>
<**small**>

[26] mailto:bme@heise.de

</small>
</p><p class=„printversion_copyright“>Copyright © 2022 Heise
Medien</p> </html>

From:

<https://schnipsl.qgelm.de/> - **Qgelm**

Permanent link:

https://schnipsl.qgelm.de/doku.php?id=wallabag:wb2missing-link_-50-jahre-radikalenerlass

Last update: **2025/06/27 11:17**

